

Kantonsrat



Art des Vorstosses:

Interpellation

Bitte unterzeichnetes Original dem Ratspräsidium abgeben und zusätzlich mit E-Mail weiterleiten an: staatskanzlei@ow.ch

Interpellation betreffend Strategieprozess in der Akutversorgung

Ingress:

Die Medienmitteilung des Spitalrats vom 11. September 2020 hat beim Spitalpersonal und auch in der Bevölkerung grosse Unsicherheiten ausgelöst. Es stellt sich somit die Frage, in welcher Absicht der Spitalrat sich veranlasst sah, zu diesem Zeitpunkt Personal und Öffentlichkeit zu informieren. Gleichzeitig fehlen Informationen zum aktuell laufenden Strategieprozess in der Akutversorgung, und so sollen noch vor der Publikation der Ergebnisse der Arbeitsgruppe, welche per Ende 2020 angekündigt wurden, klärende Fragen Einsicht in die Abläufe gewähren. Neben dem Strategieerarbeitungsprozess sind auch Fragen zur Zusammenarbeit und Kommunikation im Bereich der Akutversorgungsstrategie zentral.

Auskunftsbegehren/Fragen:

- 1. Wie weit ist der Prozess zur Erarbeitung der Versorgungsstrategie im Akutbereich fortgeschritten und wie sieht der kurz-, mittel und langfristige Zeitplan aus?
- 2. Welche konkreten Aufgaben und Kompetenzen hat die Projektgruppe zur Strategieerarbeitung und wer verantwortet und steuert den Gesamtprozess?
- 3. Wie werden die verschiedenen Anspruchsgruppen (Regierungsrat, Spitalrat, Spitalleitung, Spitalbelegschaft, OW Cura, Alters- und Pflegeheime, Spitex, Taskforce, parlamentarische Spital- und Akutversorgungskommissionen etc.) involviert? Mit welchen Anspruchsgruppen fand und findet ein Austausch statt? Was sind die Erkenntnisse daraus?
- 4. Welche Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten liegen bei der Taskforce unter der Leitung von Volkswirtschaftsdirektor Daniel Wyler? Und was sind die Resultate der Analyse der Ausgangslage, die die Taskforce im Februar dieses Jahres in Angriff nahm?
- 5. In wie fern wurde der Regierungsrat bei der Medienmitteilung vom Spitalrat am 11.9.20 involviert? Und wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen dieser einseitigen Kommunikation? Insbesondere auf das Vertrauen und die Zufriedenheit der Spitalbelegschaft und der Aussenwirkung der möglichen Schliessung der Geburtsabteilung?
- 6. Wurden im Rahmen des bisherigen Strategieprozesses bereits konkrete Gespräche mit möglichen Partnerspitälern (allen voran LUKS und KSNW) geführt? Falls ja, wie weit sind diese fortgeschritten und welche nächsten Schritte sind geplant?
- 7. Wurden, wie in der parlamentarischen Anmerkung zum Bericht 2019 gefordert, bereits Sondierungsgespräche mit anderen Kantonen (u.a. UR, ZG, SZ und GL) geführt? Falls ja, wurden oder werden die Gespräche vertieft und welche Fazits kann die Regierung daraus ziehen?
- 8. Liegen konkrete, aktuelle betriebswirtschaftliche Kennzahlen (Kostenstellenrechnung, Deckungsbeitragsrechnung etc.) vom KSOW vor? Und werden diese zumindest den oben genannten parlamentarischen Kommissionen in ausführlicher Form zur Verfügung gestellt?
- 9. Welche Massnahmen werden verfolgt, um kurz- und mittelfristig die Effizienz des KSOW zu steigern und welche Kosteneinsparungs-Massnahmen sind bei Verwaltung und Management des KSOW vorgesehen?

Begründung:

Die Zukunftsstrategie des Spitals ist ein sehr relevantes Thema, das breit abgestützt diskutiert, analysiert und durch diverse Anspruchsgruppen aktiv gestaltet werden sollte. Insbesondere Strategieprozesse dieser Grössenordnung bedingen klare Strukturen, Zielsetzungen, Rahmenbedingungen und Entscheidungswege. Für nicht direkt involvierte Kreise, insbesondere auch der Kantonsrat, sind diese Punkte nur schwer nachvollziehbar. Grössere Transparenz in Bezug auf das Vorgehen und den

Prozessschritten würden das Vertrauen und die Akzeptanz fördern und eine aktivere Teilnahme am Prozess ermöglichen. Schlussendlich benötigt der Kanton Obwalden eine Strategie, die mehrheitsfähig und finanzierbar ist.

Seit der Berichterstattung zur Versorgungsstrategie im Akutbereich im Herbst 2019 und der Einsetzung der Taskforce im Februar 2020 wurde seitens der Regierung nur sehr spärlich kommuniziert. Dies obwohl das Thema für die Obwaldner Bevölkerung und auch den Staatshaushalt von grosser Bedeutung ist.